

Entscheidungsvorschläge zu Hinweisen/Einwendungen im Bauleitplanverfahren

BEZEICHNUNG DER MAßNAHME: 122. Änderung des Flächennutzungsplanes (Dorfstraße, Kleiner Noog), Stadt Papenburg, Stadtteil Tunxdorf

VERFAHRENSGANG: Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Bedenken oder Anregungen zur Planung vorgetragen:

1. Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Bonn, 22.02.2024
2. Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Aschendorf, Schreiben vom 07.03.2024
3. Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV), Geschäftsbereich Lingen, Schreiben vom 21.02.2024
4. Avacon Netz GmbH / Avacon Wasser / WEVG GmbH & Co. KG vom 20.02.2024
5. Telekom Technik GmbH, Osnabrück, Schreiben vom 08.03.2024
6. Tennet TSO GmbH, Lehrte vom 23.02.2024
7. Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH, Hannover vom 07.03.2024
8. Wasserverbandes Hümmling, Werlte vom 29.02.2024

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben Bedenken oder Anregungen/Hinweise zur Planung vorgetragen:

1. Stellungnahme: Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege, Abteilung Archäologie, Oldenburg
Datum: 26.02.2024

Inhalt

Seitens der Archäologischen Denkmalpflege werden zu Planungen folgende Anregungen vorgetragen:

Entscheidungsvorschlag:

Da der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 277 entspricht, erhalten wir unsere Stellungnahme von 08.05.2023 (A5-57731-23/158) aufrecht.

Der Hinweis auf die verschiedenen denkmalpflegerischen Notwendigkeiten (Prospektion bzw. Ausgrabung) ist bereits in den Planungsunterlagen enthalten und muss unbedingt beachtet werden.

Die Inhalte der Stellungnahme sind bereits vollumfänglich in die Begründung übernommen worden und werden somit berücksichtigt bzw. beachtet.

Zur Kenntnisnahme.

2. Stellungnahme: LGLN Regionaldirektion Hameln – Hannover, Hannover
Datum: 09.05.2022

Inhalt

Für die Planfläche liegen dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Niedersachsen die folgenden Erkenntnisse vor (siehe beigegefügte Kartenunterlage):

Empfehlung: Sondierung

Fläche A

Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden vollständig ausgewertet.

Luftbildauswertung: Nach durchgeführter Luftbildauswertung wird eine Kampfmittelbelastung vermutet.

Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt.

Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt.

Belastung: Es besteht ein begründeter Verdacht auf Kampfmittel.

Empfehlung: kein Handlungsbedarf

Fläche B

Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden vollständig ausgewertet.

Luftbildauswertung: Nach durchgeführter Luftbildauswertung wird keine Kampfmittelbelastung vermutet.

Entscheidungsvorschlag:

Der Empfehlung wird gefolgt. Die Stadt Papenburg wird die im Bereich der Fläche A vermutete Kampfmittelbelastung (Splittergraben) im Zuge der geplanten Erschließungsmaßnahmen durch geeignete Sondierungen überprüfen lassen. Entsprechende Ausführungen sind bereits in der Begründung im Kapitel 1.5.7 „Altlasten / Kampfmittel“ enthalten.

Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt.
Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt.
Belastung: Ein Kampfmittelverdacht hat sich nicht bestätigt.



Hinweise:
 Die vorliegenden Luftbilder können nur auf Schäden durch Abwurfkampfmittel überprüft werden. Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Brandmunition, Minen etc.) gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder den Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Niedersachsen bei der RD Hameln-Hannover des LGLN.

Ein entsprechender Hinweis ist bereits in den Planunterlagen enthalten.

3. Stellungnahme: Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), Hannover
Datum: 01.03.2024

Inhalt

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:

Boden

Die Grundlage zur fachlichen Beurteilung des Schutzgutes Boden liefert in Deutschland das Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) und fokussiert dabei auf die Bewertung der Bodenfunktionen. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen der natürlichen Bodenfunktionen und der Archivfunktion vermieden werden (vgl. § 1 BBodSchG). Mit Grund und Boden ist gemäß § 1a BauGB sparsam und schonend umzugehen und flächenbeanspruchende Maßnahmen sollten diesem Grundsatz entsprechen (LROP 3.1.1, 04). Für Niedersachsen wird in der Niedersächsischen Nachhaltigkeitsstrategie eine reduzierte Flächeninanspruchnahme von unter 4 ha pro Tag bis 2030 angestrebt. Das NNatSchG gibt in § 1a zudem vor, die Neuversiegelung von Böden landesweit bis zum Ablauf des Jahres 2030 auf unter 3 ha pro Tag zu reduzieren und bis zum Ablauf des Jahres 2050 zu beenden. Diese Zielsetzung wurde auch in das LROP (3.1.1, 05) aufgenommen. Hieraus ergibt sich der Bedarf nach einem sparsamen Umgang mit den Ressourcen Boden und Fläche für die kommunale Planung.

Im Plangebiet befinden sich laut den Daten des LBEG Suchräume für schutzwürdige Böden entsprechend GeoBerichte 8 (Stand: 2019). Im Plangebiet handelt es sich um folgende Kategorien:

- Plaggenesch
- hohe - äußerst hohe Bodenfruchtbarkeit

Die Karten können auf dem NIBIS® Kartenserver eingesehen werden. Gemäß dem Nds. Landesraumordnungsprogramm (LROP 3.1.1, 04) sind Böden, welche die natürlichen Bodenfunktionen und die Archivfunktion in besonderem Maße erfüllen, vor Maßnahmen der Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung besonders zu schützen.

Entscheidungsvorschlag:

Der Ortsteil Tunxdorf hat eine eigenständige Dorfgemeinschaft und verfügt über die in der Begründung genannten Infrastruktureinrichtungen zur Stärkung dieser Gemeinschaft. Durch die vorliegende Planung soll die vorhandene Siedlungsstruktur innerhalb des Stadtgebietes gestärkt und den ortsansässigen jungen Familien die Möglichkeit gegeben werden im Ortsteil zu verbleiben und den Fortbestand der Dorfgemeinschaft zu sichern. Ziel der städtebaulichen Entwicklung ist die Stärkung der Wohnbaunutzung im Ortsteil Tunxdorf. Die lässt sich bereit aus den aktuellen Nachfragen nach Bauplätzen im Ortsteil herleiten. Zudem handelt es sich bei dieser Bauleitplanung aktuell aufgrund der umgebenden landwirtschaftlichen Betriebe um eine der wenigen Entwicklungspotenziale zur Ausweisung von Wohnbauland im Bereich Tunxdorf. Der südwestliche Siedlungsansatz wird maßvoll um etwas mehr als 1,0 ha erweitert. Zudem ist der Flächenanteil bereits durch die landwirtschaftliche Nutzung überprägt (Tiefpflügen, Drainage, regelmäßige Bodenbearbeitung). Daher wird an dieser Planung festgehalten.

Schutzwürdige Böden sollten bei der Ermittlung des Kompensationsbedarfs besondere Berücksichtigung finden.

Hinweise

Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen / -untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.

Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.

Die Stadt wird die Bauwilligen bezüglich der Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver verweisen. In den Bauleitplanunterlagen ist bereits ein Hinweis auf die Erstellung entsprechender Baugrundgutachten, unter Verwendung und Beachtung der neben genannten Normen, enthalten

Zur Kenntnisnahme.

Zur Kenntnisnahme.

4. Unterhaltungsverband (UV) 104 „EMS IV“, Geschäftsstelle Aschendorf Datum: 08.03.2024

Inhalt

Zu dem o.a. Bebauungsplan Nr. 276 bestehen seitens des Verbandes keine grundsätzlichen Bedenken, wenn folgende Auflage und Bedingung eingehalten wird:

1. Der UV 104 „Ems IV“ ist frühzeitig am wasserrechtlichen Verfahren zu beteiligen.

Um Übersendung einer Durchschrift des Beschlussvorschlages wird gebeten.

Entscheidungsvorschlag:

Zur Kenntnisnahme.

Die Auflage wird im Kapitel 1.5.2.1 zur Oberflächenentwässerung ergänzt.

Dem UV 104 wird eine Durchschrift des Beschlussvorschlages übersendet.

5. Stellungnahme: EWE-Netz GmbH, Oldenburg

Datum: 21.02.2024

Inhalt

Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.

Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plan- oder Baugebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ planen Sie bitte einen Versorgungstreifen bzw. -korridore für z.B. Telekommunikationslinien und Elektrizitätsleitungen gemäß DIN 1998 von mindestens 2,2 m mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o.Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein. Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6,0 m x 4,0 m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden. Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt werden soll. Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und

Entscheidungsvorschlag:

Zur Kenntnisnahme.

Die Versorgungsleitungen und -anlagen bleiben soweit möglich in ihrem Bestand erhalten und werden bei der Planung beachtet. Eventuelle Umlegungen von Leitungstrassen oder technischen Anlagen werden mit dem jeweiligen Versorgungsunternehmen rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme abgestimmt.

Die baulichen Maßnahmen werden rechtzeitig vor Baubeginn mit den Versorgungsunternehmen abgestimmt. Die Versorgungsträger werden vor Ort eingewiesen und erhalten anschließend ausreichend Zeit für die Einleitung aller erforderlichen Maßnahmen (z.B. im Zusammenhang mit der Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes für eine ggf. notwendig werdende Trafostation). Bestandspläne der Versorgungsunternehmen werden bei der Planung beachtet.

Die EWE wird darüber informiert, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt wird oder im Schwerpunkt auf den Einsatz von fossilen Brennstoffen (z.B. durch Einsatz von Wärmepumpen o.ä.) verzichtet werden soll.

Die Kostenregelung erfolgt gemäß den aktuellen Verträgen zwischen der Kommune und dem Versorgungsunternehmen.

Zur Kenntnisnahme.

Das Versorgungsunternehmen wird gemäß § 4 Abs. 2 BauGB am weiteren Bauleitplanverfahren beteiligt. Zudem werden die Versorgungsunternehmen rechtzeitig vor Baubeginn in die Maßnahme vor Ort eingewiesen

<p>Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.</p> <p>Damit die Planung Ihres Baugebietes durch uns erfolgen kann, teilen Sie uns bitte die dafür notwendigen Informationen über den folgenden Link mit:</p> <p>https://www.ewe-netz.de/kommunen/service/neubaugebieterschliessung</p> <p>In der Laufzeit Ihres Verfahrens kann sich unser Leitungs- und Anlagenbestand ändern. Damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage eines veralteten Planwerkes kommt, nutzen Sie dafür bitte unsere aktuelle Leitungs- und Anlagen Auskunft. Auf unserer Internetseite der EWE NETZ GmbH können Sie sich jederzeit nach einer erfolgreichen Registrierung auf unserem modernen Planauskunftsportal über die konkrete Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen informieren:</p> <p>https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen</p> <p>Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Katja Mesch unter der folgenden Rufnummer: 0151-74493155.</p>	<p>und erhalten anschließend ausreichend Zeit für die Einleitung aller erforderlichen Maßnahmen.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p>6. Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), Betriebsstelle Meppen Datum: 14.03.2024</p> <p><u>Inhalt</u></p> <p>Am 19.02.2024 sandten Sie uns per E-Mail die Benachrichtigung zur Beteiligung zu dem im Betreff genannten Vorhaben mit der Bitte um Stellungnahme. Nachfolgend erhalten Sie die Stellungnahme des Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) der Betriebsstelle Meppen (Geschäftsbereich 3: Wasserwirtschaft) und der Betriebsstelle Brake-Oldenburg (Geschäftsbereich 4: Naturschutz) zu dem o.g. Vorhaben.</p> <p>Darstellung des Sachverhalts Die Aufstellung der 122. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Papenburg ergibt sich aus den Planungsabsichten der Stadt zur Darstellung einer Baufläche für eine Wohnbebauung gem. § 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO im Ortsteil Tunxdorf.</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>

Stellungnahme als Träger Öffentlicher Belange (TÖB)

Geschäftsbereich 3: Wasserwirtschaft

Zuständige Ansprechperson:

Herr Heuving, Fax: 05931/406-100

E-Mail: franz-johann.Heuving@nlwkn.niedersachsen.de

und die Unterzeichnerin [Heidrun Lucas]

Zur Kenntnisnahme.

Anlagen, Grundstücke und Messstellen des NLWKN sind durch die Planungen nicht betroffen.

Zur Kenntnisnahme.

Die Stellungnahme als TÖB ersetzt nicht die Stellungnahme des Gewässerkundlichen Landesdienstes (GLD) gemäß RdErl. d. MU vom 06.03.2018 zu § 29 NWG. Ich gehe davon aus, dass die wasserwirtschaftlichen Belange von der verfahrensführenden Stelle geprüft werden und der GLD ggf. beteiligt wird. Bei einer Beteiligung des GLD sind gem. Abschnitt 4 des vorgenannten RdErl. dem GLD die dafür erforderlichen Unterlagen mit einer ausführlichen Begründung der aus Sicht der beteiligten Stelle zu erwartenden wesentlichen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt zuzuleiten. (Zuständige Ansprechperson: Heidrun Lucas, Tel. 05931/406-150, E-Mail: heidrun.lucas@nlwkn.niedersachsen.de und poststelle.mep@nlwkn.niedersachsen.de)

Zur Kenntnisnahme.

Hinweise

Das Plangebiet liegt in einem Bereich, für welches nach § 78b WHG ein signifikantes Hochwasserrisiko ermittelt wurde und das bei einem Hochwasser mit niedriger Wahrscheinlichkeit [HOextrem] über das festgesetzte bzw. vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiet hinaus überschwemmt werden könnte.

Es wird ein Hinweis in die Begründung aufgenommen, dass der Geltungsbereich dieser Bauleitplanung innerhalb eines Bereiches liegt, für welches nach § 78b WHG ein signifikantes Hochwasserrisiko ermittelt wurde und das bei einem Hochwasser mit niedriger Wahrscheinlichkeit [HOextrem] über das festgesetzte bzw. vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiet hinaus überschwemmt werden könnte.

Bisherige Erkenntnisse aus den Klimamodellierungen prognostizieren eine Entwicklung, dass ein zukünftiges HQ100 dann in den Grenzen des jetzigen HQextrem liegen kann bzw. sehr wahrscheinlich liegen wird.

Geschäftsbereich 4: Naturschutz

Zuständige Ansprechperson:

Frau Ewers-Trautmann, Tel. : 0441/95069-140

E-Mail : martina.ewers-trautmann@nlwkn.niedersachsen.de

Zur Kenntnisnahme.

<p>Als TÖB ist der GB4 von dem o.g. Vorhaben nicht betroffen, da keine landeseigenen Naturschutzflächen und keine landesweit wertvollen Biotope von dem geplanten Vorhaben betroffen sind.</p> <p>Als regionale Fachbehörde für Naturschutz weise ich darauf hin, dass der Vorhabensbereich zwischen im Nahbereich des FFH-Gebietes „013 Ems“ mit dem Nebengewässer „Tunxdorfer Ahe“ sowie dem Vogelschutzgebiet „V16 Emstal“ liegt. Den Wertigkeiten für das Netz Natura 2000 wurde in 2023 durch die Ausweisung als LSG Emstal - EL 023 entsprochen.</p> <p>In einem ausgesparten Bereich zwischen Tunxdorf und Nenndorf kommt es so zu Verdichtung der Besiedlung und Verlust unversiegelter Fläche durch Bebauung in einem Risikogebiet für Überschwemmungen.</p> <p>Die Berücksichtigung dieser Belange obliegt hier der zuständigen unteren Naturschutzbehörde bzw. dem Landkreis Emsland.</p> <p>Von der Entscheidung / Abwägung erbitte ich eine Ausfertigung für unsere Akten.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>In der Begründung sowie dem Umweltbericht wird auf die Lage des Geltungsbereiches in Bezug zu den genannten Schutzgebieten eingegangen.</p> <p>In die Unterlagen wird ein entsprechender Hinweis aufgenommen (s.o.).</p> <p>Der Landkreis Emsland wurde am Verfahren beteiligt.</p> <p>Dem NLWKN wird eine Ausfertigung der Entscheidung / Abwägung zugestellt.</p>
<p>7. Landkreis Emsland Datum: __.03.2024</p> <p><u>Inhalt</u> Zum Entwurf der og. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:</p> <p>Raumordnung Aus Sicht der Raumordnung wird die geplante städtebauliche Entwicklung der Stadt Papenburg im Ortsteil Tunxdorf südlich der Dorfstraße weiterhin kritisch gesehen.</p> <p>Die geplante Ausweisung von Wohnbauflächen wird zwar anhand der am Standort bereits vorhandenen Infrastruktureinrichtungen (Kirche und Dorfgemeinschaftshaus) hergeleitet, es bleibt aber die Frage offen, inwiefern vor dem Hintergrund der dispersen Siedlungsstruktur und der optionalen zukünftigen Erweiterung der Wohnbauflächen am geplanten Standort dauerhaft und mit welcher räumlichen Ziel- und Schwerpunktsetzung eine geordnete städtebauliche Entwicklung realisiert werden soll.</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Die Stellungnahme des Landkreises Emsland wird zur Kenntnis genommen und wie folgt berücksichtigt.</p> <p>Raumordnung Die Stadt Papenburg hält weiter an der vorgelegten Planung zur Erweiterung des Baugebietes „Lange Wand“ (B-Plan Nr. 237) fest. Der Siedlungsbereich besteht aus der Ortslage Tunxdorf im Westen und Nenndorf im Osten. Das vorliegende Plangebiet befindet sich mit dem Dorfgemeinschaftshaus und der Kirche, zwei maßgebliche Einrichtungen für soziale Verflechtungen, mittig zwischen den vorgenannten Ortslagen. Durch die bauliche Verdichtung mit Wohngebäuden, vorwiegend für junge Familien, wird der Siedlungsansatz mit seinen sozialen</p>

Städtebau

Hinweis: Zu Teil 1 muss es heißen: Ziele, Grundlagen und Inhalte der Flächennutzungsplanänderung.

Naturschutz und Forsten

Im Sinne des Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatzes nach § 13 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) gilt es vorrangig, Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu vermeiden. Die Vermeidung und Minimierung von Eingriffen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild ist für den Vorhabenträger verpflichtend. Die Bauleitplanung ist daher grundsätzlich an die örtlichen Gegebenheiten anzupassen, um zum einen vorhandene Gebiete, Bereiche oder Biotope, die einem gesetzl. Schutz nach dem BNatSchG unterliegen, und zum anderen vorhandene Grünstrukturen wie Waldflächen, Baumreihen oder Baumgruppen, Gehölzinseln, Feldhecken, Staudenfluren, Ruderalflächen und Gewässer zu sichern, zu schützen und dauerhaft zu erhalten.

Für die o.g. Bauleitplanung ist eine Umweltplanung durchzuführen. Die entsprechenden Daten Erhebungen und Kartierungen sind beizubringen. Als Anforderung an die Umweltplanung ist die Abarbeitung der einzelnen Schutzgüter und eine Bestandsaufnahme der im Plangebiet vorkommenden und unmittelbar an das Plangebiet angrenzenden Biotoptypen (Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften) zu betrachten.

Aus einer zu erarbeitenden Eingriffsbilanzierung, die sich aus der Eingriffsregelung nach dem BNatSchG ergibt, sind die Art, die Lage und der Umfang der Kompensationsmaßnahmen abzuleiten und konkret sowie detailliert (Plan und Text) darzustellen. Die Kompensationsmaßnahmen haben sich dabei an der Beeinträchtigung und Zerstörung der vorhandenen Biotoptypen zu orientieren.

Einrichtungen gestärkt. Durch eine weitere zukünftige Erweiterung der Wohnbauflächen südlich der Dorfstraße, kann die vorgenannte Stärkung des Siedlungsansatzes noch optimiert werden. Die städtebauliche Entwicklung soll zwischen den Ortslagen erfolgen, sodass eine Erweiterung in den Außenbereichen der Ortslagen vermieden wird. Somit hält die Stadt Papenburg an der Formulierung der städtebaulichen Entwicklung zur Verdichtung bzw. Arrondierung eines bebauten Bereiches fest.

Städtebau

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Erstellung der Begründung entsprechend eingepflegt.

Naturschutz und Forsten

Dem vorgetragenen Grundsatz wird entsprochen, da ein überwiegend als Acker genutzter Bereich für diese Bauleitplanung in Anspruch genommen wird. Die Baumreihen parallel zur Dorfstraße befinden sich außerhalb des Geltungsbereiches und werden somit nicht durch diese Bauleitplanung überplant.

Für diese Bauleitplanung wird im weiteren Verfahren ein Umweltbericht erstellt und den Unterlagen beigelegt. Zudem wurde eine Biotoptypenkartierung durchgeführt.

Teil des Umweltberichtes ist auch die Abarbeitung der Eingriffsregelung. Die Kompensation des Eingriffs erfolgt durch Bereitstellung von Werteinheiten aus dem Flächenpool der Stadt Papenburg.

Artenschutzrechtliche Belange:

Der Geltungsbereich der 122. FNP-Änderung grenzt lediglich an seiner Ostseite an eine kleinere, lockere Wohnbebauung. Nach Süden, Westen und mit kleinen Abstrichen auch nach Norden steht der Geltungsbereich in unmittelbarer Verbindung mit der freien und offenen Landschaft. Die Landschaft unterliegt in erster Linie einer landwirtschaftlichen Nutzung, wird jedoch immer wieder durch Landschaftselemente und/oder Ökosysteme wie Waldflächen, Baumreihen, Feldgehölze etc. aufgelockert und angereichert.

Da eine Betroffenheit von Arten nach § 19 bzw. § 44 BNatSchG durch die o.g. Bauleitplanung nicht ausgeschlossen werden kann, ist nachzuweisen, dass Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Verbote nicht eintreten. Hierfür ist eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) erforderlich. Dabei sind Datengrundlagen zu verwenden, die belastbar und nicht älter als fünf Jahre sind und die das zu erwartende Artenspektrum hinsichtlich Erfassungstiefe und -zeitraum ausreichend abbilden. Dies gilt insbesondere für die Avifauna (z.B. Bodenbrüter), aber auch für die Tiergruppe der Fledermäuse.

Forstfachliche Belange:

Forstfachliche Belange sind von der 122. FNP-Änderung der Stadt Papenburg nicht betroffen.

Artenschutzrechtliche Belange:

Im Rahmen der frühzeitigen Trägerbeteiligung zur Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 277 „Dorfstraße, Kleine Noog“ wurde von Seiten des Fachbereichs Naturschutz und Forsten mitgeteilt, dass auf die Durchführung einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) verzichtet werden kann, der Verzicht auf Durchführung einer saP jedoch an die nachfolgenden Bedingungen geknüpft wurde:

- Die Herrichtung des Baufeldes (wie das Abschieben des Oberbodens) erfolgt (gemäß § 15 Abs. 1 BNatSchG bzw. den Vorschriften des allgemeinen und besonderen Artenschutzes nach § 39 und § 44 Abs. 5 BNatSchG) außerhalb der Brutzeit bodenbrütender Vogelarten, d.h. nicht zwischen dem 1. März und 31. Juli.
- Notwendige Arbeiten im Seitenraum von Wegen, Straßen und Gräben erfolgen außerhalb der Brutzeit von Brutvogelarten der Ruderalfluren, Brachen und Gewässer (insbesondere der Gräben), d.h. nicht zwischen dem 1. März und 31. Juli.

Dieser Feststellung ist die Stadt Papenburg gefolgt, so dass auf die Erstellung einer saP im Rahmen dieser Flächennutzungsplanänderung mit dem identischen Geltungsbereich des oben genannten Bebauungsplanes verzichtet werden kann. Im Umweltbericht wird der Themenbereich Fauna / Artenschutz anhand der überplanten Biotoptypen verbal-argumentativ abgearbeitet.

Forstfachliche Belange:

Zur Kenntnisnahme.

--	--

VERFAHRENSGANG: **Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB**

Von der Öffentlichkeit wurden keine grundlegenden Bedenken oder Anregungen zur Planung vorgetragen.

Aufgestellt:
Freren, 19.04.2024
regionalplan & uvp planungsbüro p. stelzer GmbH